



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Florian von Brunn, Annette Karl u.a. SPD
Drs. 18/24047

9-Euro-Ticket: Bilanz für Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert nach Vorlage der Daten für die einzelnen Bundesländer aus der bundesweit abgestimmten Evaluierung des 9-Euro-Tickets, dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr schriftlich und mündlich einen Bericht über die Bilanz des 9-Euro-Tickets von Juni bis August 2022 im Freistaat zu geben.

Der Bericht soll unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus dem bundesweiten Evaluierungsbericht unter anderem Aufschluss geben darüber,

- wie das Nutzungsverhalten war (verkaufte und genutzte Tickets in Bayern, Aufteilung auf Verkehrsmittel und Verkehrsverbünde...),
- welche messbaren Auswirkungen das Ticket auf die Verkehrssituation in Bayern hatte (Verlagerung der Verkehre auf den ÖPNV und SPNV, Einstieg von "Neunutzern"),
- welche Erkenntnisse es über das Nutzerklientel und die Arten der Nutzung (Pendelverkehr, Freizeit...) gibt,
- wie sich die Einnahmen- und Ausgabensituation durch das Ticket in Bayern darstellt (auch im Vergleich zu vergangenen Sommermonaten ohne 9-Euro-Ticket), sofern diese Informationen von den Eisenbahnverkehrsunternehmen und Verbänden vorgelegt werden,
- welche Auswirkungen es auf die Fahrkarten- und Abonnement-Verkäufe der Verkehrsverbünde und der Bahnen gibt, sofern diese Informationen von den Eisenbahnverkehrsunternehmen und Verbänden vorgelegt werden,
- welche Finanzmittel des Bundes nach § 8 des Regionalisierungsgesetzes für das Ticket wie in Bayern eingesetzt wurden,
- wie sich der Freistaat an einer möglichen bundesweiten Nachfolgelösung für das 9-Euro-Ticket beteiligen wird,
- wo während der letzten Monate Lücken im Zuständigkeitsbereich des Freistaates als Aufgabenträger im Angebot festgestellt werden konnten (unzureichende Haltestellen, Verkehrsmittel, Frequenzen...) und
- welche Lehren für die Zukunft gezogen werden können.“

Berichterstatlerin: **Inge Aures**
Mitberichterstatler: **Josef Schmid**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 59. Sitzung am 11. Oktober 2022 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.

Sebastian Körber
Vorsitzender